

IGMmigration

RESSORT MIGRATION/INTEGRATION



Rechtspopulismus: Gefahr und Chance

AUS- UND WEITERBILDUNG

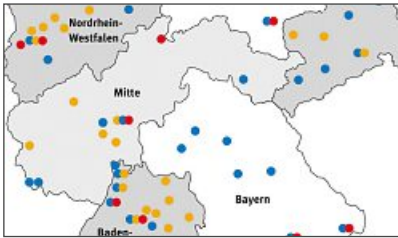
**Hamm-Lippstadt: Das
Spanien-Projekt startet**

VIELFALT IM BETRIEB

**Asyl: Geflüchtete in
Arbeit bringen**

AUS POLITIK UND GESELLSCHAFT

**Gegen Pegida & Co:
„Deutlich Position beziehen“**



EDITORIAL

von Christiane Benner 3

RECHTSPOPULISMUS

Gefahr und Chance 4

Gezielte Aufklärung 6

VIELFALT IM BETRIEB

Aktiv gegen rechts 8

Konferenzen und Initiativen der IG Metall 9

Geflüchtete in Arbeit 10

RECHT UND GESETZ

Meldungen 11

NACHGEHAKT

Hamm-Lippstadt: Ausbildung in Sicht 12

AUS- UND WEITERBILDUNG

Betriebsrätetagung zum Thema „Weiterbildung“ 13

AUS POLITIK UND GESELLSCHAFT

**Gegen Pegida & Co: „Deutlich Position beziehen“
Interview mit Alexander Häusler** 14

DIE LETZTE SEITE

Solidarität mit Flüchtlingen 16

„Ich bin ein Teil des Ganzen und meine Kunst ist ein Teil von mir!“

Franz Ott, Jahrgang 1953, ist Mitglied der Dortmunder KulturMeileNordstadt, wo sich auch sein Wohn- und Arbeitsumfeld befindet.

Das multikulturelle Leben des Stadtteils, seine berufliche Situation, aber auch seine Sicht auf den Zustand unserer Erde, sind ausschlaggebend für die Inhalte seiner Arbeiten. Mit seiner Kunst will er die Aufgabe erfüllen, sich aktiv an gesellschaftlichen Entwicklungen zu beteiligen.

<http://franzott.jimdo.com>

IMPRESSUM

Herausgeber: Detlef Wetzels, Jörg Hofmann, Jürgen Kerner, IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2918, E-Mail: igm-migration@igmetall.de // Redaktion: Ressort Migration/Integration // Redaktionelle Mitarbeit: PreWiTec, Wuppertal; Tina Adomako, Düsseldorf; Vera Egenberger, Beraterin, Berlin // Gestaltung: kus-design, Mannheim // Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

Die IG Metall hat anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus die Bundesregierung aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu verstärken. Darüber hinaus haben wir deutlich gemacht, dass wir alle Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich selbstbewusst gegen Rassismus und Diskriminierung zu stellen und sich in der Schule, am Arbeitsplatz und in allen Lebensbereichen für ein weltoffenes und tolerantes Land einzusetzen.

Und das ist auch bundesweit passiert. In mehr als der Hälfte aller IG Metall-Verwaltungsstellen haben sich Kolleginnen und Kollegen für ein respektvolles und faires Miteinander eingesetzt. Und laut einer Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) ist das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Diese ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer leben vor, wovon die Politik seit langem redet: eine Willkommensgesellschaft.

Andererseits mobilisieren rechte Kräfte gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und schüren Ängste, und es gibt Kommunen, die sich mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen überfordert fühlen.

Globalisierung und internationale Konkurrenz bieten Einfallstore für rechtes Gedankengut. Deshalb ist es wichtig, sozialpolitische Errungenschaften zu verteidigen und bei Missständen den Finger in die Wunde zu legen. Gute Arbeit: Sicher und fair für alle ist das Kernanliegen der IG Metall. Die IG Metall nimmt nicht hin, dass Unternehmen einen immer größeren Teil ihrer Wertschöpfung ausgliedern. Und dies meist zu schlechteren Bedingungen. Befristungen, Leiharbeit, Werkverträge und Crowdfunding, was Arbeit auf Internetplattformen meint und damit eine steigende Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse, sind die unschöne Kehrseite sich flexibilisierender Unternehmen. Was tun wir? Im Rahmen unserer Kampagne Arbeit: Sicher und fair – gegen den Missbrauch von Werkverträgen – für Mitbestimmung findet am 24. September unser Aktionstag bei den Automobilherstellern statt. Am 7. Oktober 2015 beteiligt sich die IG Metall am bundesweiten Aktionstag gegen prekäre Beschäftigung. Beteilige dich und informiere deine Kolleginnen und Kollegen über die Aktivitäten der IG Metall für gute Arbeit.

Aber nun viel Spaß mit unserer neuen Ausgabe der IGMigration.



Eure Christiane Benner



Foto: Blanka Huber

Christiane Benner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Gefahr und Chance

Rechtspopulismus schürt Ängste, predigt Intoleranz und spaltet. Ein Grund mehr, die Demokratie, Vielfalt und Solidarität in Deutschland immer wieder neu zu beleben.

Am 12. Januar 2015 durchschritt die Pegida¹-Bewegung ihren Zenit. An diesem Tag gingen mehr als 100.000 Demonstranten gegen sie auf die Straße. Die Abstimmung mit den Füßen war ein klares Signal: Die große Mehrheit in Deutschland will eine vielfältige und solidarische Gesellschaft.

Wie schnell er sein Potenzial mobilisieren kann, zeigte die CDU, als sie über eine Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft die hessische Landtagswahl 1999 gewann, oder das SPD-Mitglied Thilo Sarrazin, der mit seiner Hetze gegen Hartz IV-Empfänger zum Bestseller-Autor wurde. Die AfD² schaffte 2014

als Sprachrohr einer schweigenden Mehrheit, die nach einfachen Antworten auf komplexe Herausforderungen sucht, sich von Eliten verraten und von Minderheiten beherrscht fühlt. Dieses Gedankengut spaltet inzwischen auch Belegschaften. Unter Kolleginnen und Kollegen, aber auch in den Chefetagen werden nun Dinge in Frage gestellt, die viele Jahre wie selbstverständlich zur Firmenkultur zählten. Plötzlich stehen Gebetsräume zur Diskussion. Und türkische Mitarbeitende werden angehalten, in der Pause deutsch zu sprechen oder sich persönlich von terroristischen Organisationen wie dem

Quelle: IG Metall, FB Gew. Bildungsarbeit

Rechtspopulismus – Erkennungsmerkmale

Ideologische Pfeiler	Instrumente	Parolen
Homogene, geschlossene Gesellschaft (Nation, Volk, Patrioten, Christentum ...)	Die „Anderen“ (z.B. Migranten) werden zu Sündenböcken gemacht	„Die sind an allem schuld“ „Die wollen uns beherrschen“
Autoritärer Staat (strenge Gesetzgebung, mehr Polizei, schnelle Abschiebung ...)	Eliten (z.B. Politiker, Journalisten) werden zum Feindbild erklärt	„Die da oben, wir hier unten“ „Lügenpresse“
Simplex Weltbild (richtig ist, was einfachen und klaren Regeln folgt)	Verschwörungstheorien werden entwickelt	„Alle Fakten werden verdreht“ „Wir sagen als Einzige die Wahrheit“

Die Demokratie in Deutschland feierte damit einen doppelten Punktgewinn: Sie wies den Rechtspopulismus mit friedlichen Mitteln in die Schranken und belebte zugleich sich selbst. So offen und leidenschaftlich hatte sie seit vielen Jahren nicht mehr um die eigenen Werte gestritten. Die Parlamente hatten die „heißen“ Eisen nicht angepackt, die viele Menschen in Deutschland verunsichern: Migration, Terror und Krieg – und das direkt vor der eigenen Haustür. Die Politik müsse sich nicht um Pegida kümmern, aber um die Menschen, mahnte der Journalist und Staatsrechtler Heribert Prantl. „Demokratie braucht das andauernde Gespräch mit den Bürgern.“ Inzwischen schrumpfen die Pegida-Demonstrationen und ihre lokalen Ableger. Der Rechtspopulismus verliert damit eine öffentliche Bühne, allerdings nicht seine Existenzgrund-

mit nationalistischen Parolen auf Antrieb den Einzug ins Europa-Parlament. Rechtspopulisten sind keine Rechtsradikalen. Rechtsradikale verharmlosen die Nazi-Diktatur und leugnen den Holocaust. Sie gründen ihre Ideologie auf Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit und kämpfen dafür mit Gewalt.

Spaltung: Plötzlich stehen Gebetsräume zur Debatte

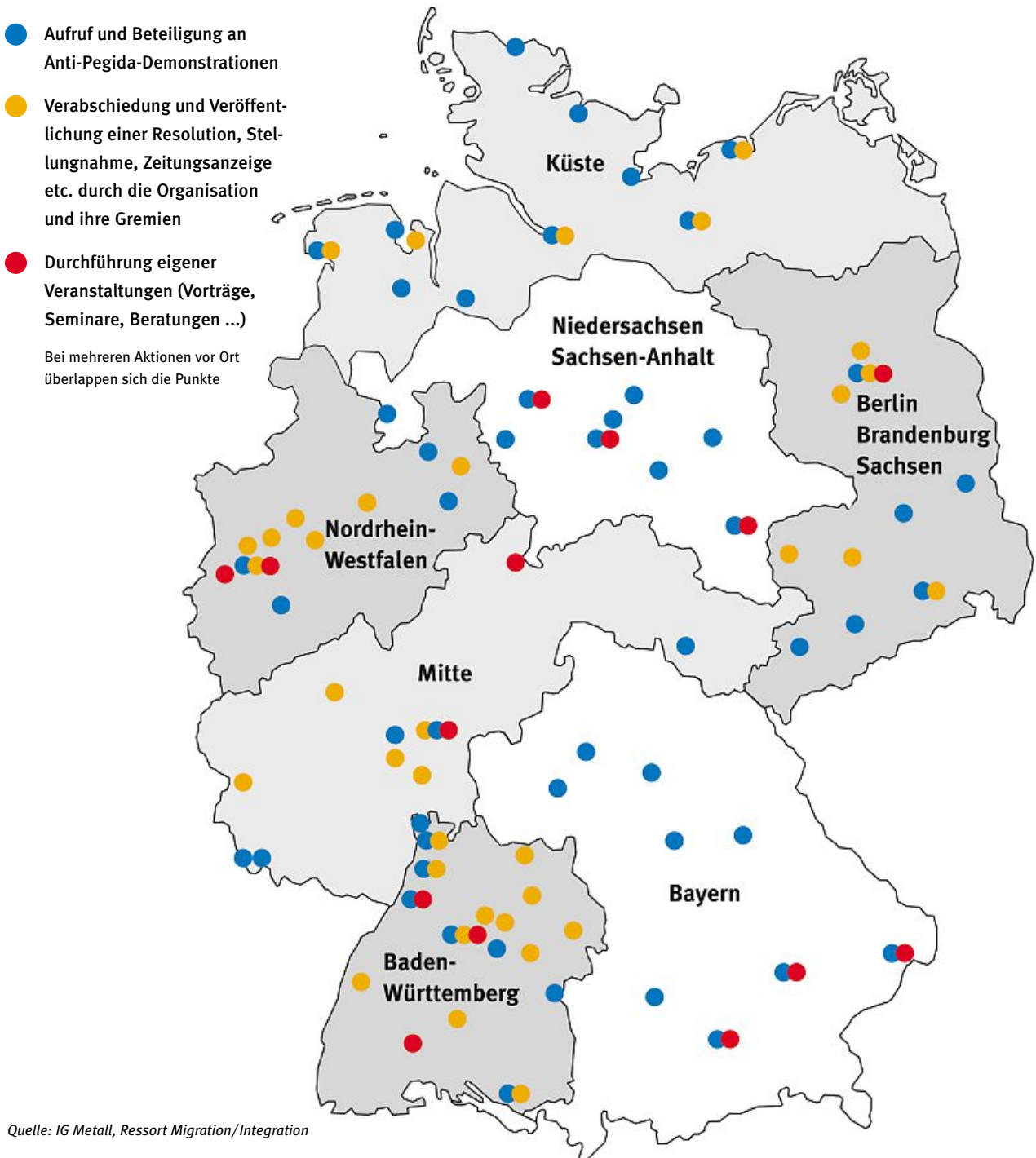
Rechtspopulisten hingegen bekennen sich zu einer Demokratie, die nicht allen Menschen die gleichen Rechte einräumt. Ihre Ideologie fußt auf einer leistungsorientierten Gesellschaftsordnung, dem Bekenntnis zum Christentum und einer nationalen Identität, die Islamfeindlichkeit, Homophobie und die Forderung nach einem autoritären Staat nach sich zieht. Zudem verstehen sie sich

„Islamischen Staat“ zu distanzieren. Experten nennen diese Gesinnung, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen in Sippenhaft nimmt, „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. In Deutschland ist sie, so das Ergebnis der „Heitmeyer-Studie“ der Universität Bielefeld, sehr stark ausgeprägt. Demnach wertet fast die Hälfte der Deutschen Langzeitarbeitslose und Asylsuchende ab. Fremden, Muslimen, Roma und Sinti sowie Obdachlosen steht etwa jeder fünfte Deutsche ablehnend gegenüber.

Die IG Metall weist solche Haltungen offensiv zurück. Ihr Vorstand hat in seiner Resolution vom 13. Januar 2015 eine klare Grenze zum Rechtspopulismus gezogen. „Wer mit diffusen Ängsten spielt, Intoleranz predigt oder Fremdenfeindlichkeit schürt, für den hat die IG Metall kein Verständnis.“ ■

¹ Pegida – Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes ² AfD – Alternative für Deutschland

Bunt statt braun: Die Anti-Pegida-Aktionen der IG Metall



Deutschland diskutiert und demonstriert. Mit ihren islam- und ausländerfeindlichen Parolen hat Pegida tausende Menschen auf die Straße gebracht – vor allem gegen sich. Die IG Metall unterstützte den Protest auf allen Ebenen. Vorstand, Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen riefen z.B. zu Anti-Pegida-Demonstrationen auf, veröffentlichten Resolutionen oder führten eigene Veranstaltungen durch, um über die Gefahren des Rechtspopulismus in Deutschland aufzuklären. **Beeindruckend: Nach Recherchen des Ressorts Migration/Integration beteiligten sich mehr als die Hälfte der 153 Verwaltungsstellen an diesen Aktionen.** Die Landkarte zeigt daher flächendeckend ein buntes Bild. Denn die große Mehrheit der Menschen in Deutschland will eine vielfältige und solidarische Gesellschaft.

Gezielte Aufklärung

Wer bewegen will, muss die Menschen erreichen. Die IG Metall hat daher bundesweit zahlreiche Initiativen gestartet, um unterschiedlichste Zielgruppen über den Rechtspopulismus in Deutschland aufzuklären.

Auszubildende bei VW in Braunschweig

Die Aktionstage „Für Respekt und Toleranz“ sind inzwischen ein fester Bestandteil der Berufsausbildung bei Volkswagen (VW) in Braunschweig. 2015 fanden sie zum fünften Mal statt. Noch bevor die Nazis 2011 durch die Stadt marschierten, entschlossen wir uns, die Aufklärung über und gegen rechtes Gedankengut als Thema in der betrieblichen Bildungsarbeit zu verankern“, erinnert sich Marvin Hopp, Vorsitzender der Jugend- und Auszubildenden-Vertretung (JAV).

Respekt & Toleranz: Sonderpreis für die Jugendvertretung

Das ist gelungen. Es nehmen alle 113 Auszubildenden eines Jahrgangs an den Aktionstagen teil. In diesem Jahr wurde der JAV der Sonderpreis des Wettbewerbs „Die Gelbe Hand“ für die Aktionstage verliehen. Auch als

Gewerkschafter sieht Hopp Erfolge. „Es kommen mehr und mehr IG Metalller zu den Sitzungen des Ortsjugendausschusses. Die Aktionstage gliedern sich in drei Phasen: 1. Eine Ausstellung mit wechselnden Schwerpunkten rund um das Thema Rechts extremismus, die vermittelt, an welchen Merkmalen man rechtsextreme Jugendliche und Haltungen erkennt. 2. Ein mindestens zweitägiger Courage-Workshop, der für alle Auszubildenden des zweiten Jahrgangs verpflichtend ist. Er soll u.a. demokratische Werte stärken und Wege aufzeigen, aktiv gegen Diskriminierung anzugehen. 3. Bewerbungen für den „Sally-Perel-Preis“, den Management und Betriebsrat bei VW in Braunschweig jährlich für Projekte für Respekt und Toleranz vergeben. ■



Aktionstage bei VW in Braunschweig: Eine Ausstellung vermittelt, an welchen Merkmalen man rechtsextreme Jugendliche und Haltungen erkennt. Info: www.gelbehand.de

IG Metall Jugend

Am 6. Juni 2015 fand im Volkshaus in Dresden die zweite „Refugee Welcome“-Konferenz statt. Unter dem Motto „Flüchtlinge aufnehmen + Perspektiven bieten“ bot die Veranstaltung Workshops, Diskussionen, eine Ausstellung, Theater und viel Gelegenheit zum gemeinsamen Austausch.

Bezirk Berlin, Brandenburg, Sachsen: Gegen Pegida

Eingeladen hatte die IG Metall Jugend des Bezirks Berlin, Brandenburg und Sachsen. „Jeder Mensch hat das Recht auf ein gutes Leben“, hieß es im Konferenz-Flyer. „Wir wollen dazu beitragen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen, die aus anderen Ländern flüchten mussten, hier ein besseres Leben führen können. Dazu gehört selbstverständlich das Recht auf Arbeit, und das zu tariflichen Bedingungen und nicht Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zweiter oder dritter Klasse zu sein.“

Konferenz: Dresden heißt Flüchtlinge willkommen

Die erste „Refugee Welcome“-Konferenz hatte es 2014 gegeben. Schon damals waren die Themen Flucht, Einwanderung und Ausländerfeindlichkeit in Sachsen ein großes Thema. Damals gab es aber die Pegida-Bewegung noch nicht. Ziel der Organisatoren war es in diesem Jahr daher, ihr im eigenen Zentrum entgegenzutreten. „Manche rechtspopulistischen Parolen stoßen bei einigen Mitgliedern auf Sympathie“, sagt Bezirksjugendsekretär Christian Schletze-Wischmann. „Mit Aktionen wie dieser Konferenz versuchen wir daher, die Jugendlichen in der IG Metall mit diesem Thema nicht alleine zu lassen.“ ■

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Vom 8. bis 10. April 2015 führte der Funktionsbereich (FB) Gewerkschaftliche Bildungsarbeit des IG Metall Vorstandes in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsstelle Stuttgart eine Weiterbildung „Zum Umgang mit antimuslimischem Rassismus und Dschihadismus“ durch. Zielgruppe waren Referenten und Referentinnen der regionalen gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. „Mit den islamfeindlichen Pegida-Demonstrationen einerseits und den islamistischen Anschlägen weltweit wurde die Notwendigkeit offensichtlich“, erklärt FB-Leiterin Ulrike Obermayr die Initiative. „Beides ist mit unserem gewerkschaftlichen Selbstverständnis nicht vereinbar. Das müssen unsere Leute vermitteln können.“

Die Diskussionen werden überall geführt – auf der Straße, in den Betrieben und den Seminaren. Die Verunsicherung gegenüber Pegida und das Unwissen unter den Kolleginnen und Kollegen zum Islam sei aber groß, so Obermayr. „Die Weiterbildung bietet daher Informationen, Raum zum Austausch und die Möglichkeit, gemeinsame Positionen zu entwickeln.“

Der Aufklärungsbedarf ist groß

Der Bedarf dafür ist groß, wie eine zweite Weiterbildung zum gleichen Thema zeigt. Sie fand am 28. und 29. Mai 2015 in Lohr statt und wurde bundesweit ausgeschrieben. Die 25 Plätze waren binnen kürzester Zeit ausgebucht.

Kontakt:

Ulrike.Obermayr@igmetall.de ■

Betriebsräte & Vertrauensleute

Anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2015 (16. bis 29. März) fand der Betriebsrat von Daimler-Benz am Standort Sindelfingen klare Worte: „Es gibt wieder mehr Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Moscheen und Synagogen. Populisten, Rechtsextremisten und Bewegungen wie Pegida schüren



Vertrauensleute aus Stuttgart bei einer Demonstration anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus.

gegenwärtig Ängste und Hass gegen Flüchtlinge, Muslime, Roma, Juden und andere Minderheiten. Das widerspricht der Menschenwürde und den Menschenrechten.“

Stuttgart: Argumentationshilfen für den betrieblichen Alltag

Wie aber begegnen IG Metallfrauen und IG Metall Männer solchen Debatten im Betrieb? Diese Frage griff die Verwaltungsstelle (VS) Stuttgart in einem Workshop auf, der sich speziell an Vertrauensleute richtete. Er fand in diesem Jahr bereits zum fünften Mal, jeweils mit wechselnden Schwerpunkten, statt. Am 15. April 2015 lautete das Thema Pegida. „Schweigen ist Zustimmung“, erklärt Jordana Vogiatzi, Sprecherin der VS. „Wir haben den 21 Teilnehmerinnen und Teilnehmern daher Informationen und Argumentationshilfen vermittelt, damit sie an ihrem Arbeitsplatz darüber diskutieren und aufklären können.“ ■

IG METALL & METALL NRW

Im Zuge der Tarifrunde 2015 gingen die Verhandlungspartner in Nordrhein-Westfalen mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit. „IG Metall und METALL NRW bekennen sich zu einer offenen Gesellschaft, in der es keinen Platz für Extremismus und Intoleranz geben darf“, sagten Knut Giesler, Bezirksleiter der IG Metall Nordrhein-Westfalen, und Arndt G. Kirchhoff, Präsident von METALL NRW.

NRW: Dem Rassismus keine Plattform bieten

„Gerade in Nordrhein-Westfalen haben wir ein seit vielen Jahrzehnten gelebtes Miteinander in unseren Betrieben“, führen beide fort.

„Hier arbeiten Menschen unterschiedlichster Herkunft aus nahezu allen Ländern dieser Erde. Diese kulturelle Vielfalt in jeder Form ist ein fester Bestandteil unserer Unternehmenswelten – und ein Gewinn für unser Zusammenleben und Zusammenarbeiten. Deshalb ist auch jegliche Form von Extremismus wie Fremdenhass und Rassismus, genauso wie von religiösem Fanatismus, nicht nur eine Bedrohung für die Grundwerte unserer Gesellschaft, sondern auch für unsere soziale und industrielle Entwicklung. Daher werden wir in unseren Organisationen und in den Betrieben unserer Industrie solche Tendenzen bekämpfen und ihnen keinerlei Plattform bieten.“ ■

Aktiv gegen rechts

Dass sich Gewerkschaften von Pegida distanzieren, ist selbstverständlich. Doch wie können Betriebsräte sich deutlich in ihren Betrieben positionieren und gegen Rechtspopulismus in den eigenen Reihen umgehen?



Flyer der IG Metall-Betriebsräte, JAV, Schwerbehindertenvertretung und VL-Leitung der Salzgitter Hütte.

Solidarität ist das Rückgrat gewerkschaftlichen Handelns. Aber es gibt Kollegen und Kolleginnen, denen populistische Sprüche leicht über die Lippen gehen. Betriebsräte sind daher gefordert, das solidarische Miteinander aller Beschäftigten immer wieder in den Fokus zu rücken. So distanzieren sich IG Metall-Betriebsräte, z.B. in Salzgitter, ausdrücklich von der Pegida-Bewegung und verurteilen öffentlich jede Art von Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus. Die Stimmungsmache gegen Muslime bedrohe das Miteinander bei Salzgitter Flachstahl, wo Menschen aus über 47 Ländern zusammenarbeiten, fürchtet Andreas Köppe, Vertrauenskörperleiter bei Salzgitter Flachstahl. „Es

gehört zu unseren selbst auferlegten Aufgaben, KollegInnen auf rechtspopulistische Organisationen aufmerksam zu machen und diesen entgegenzuwirken. Sei es in einzelnen Gesprächen oder auf Demonstrationen. Rechtes Gedankengut passt nicht zu uns, unserem Betrieb oder zu unserer Vorstellung, wie wir leben und arbeiten wollen“, bringt Auke Tiekstra, Vertrauenskörperleiter VW Salzgitter, die Position des Betriebsrats auf den Punkt.

Schön gesagt, doch was heißt das konkret? In diesem Fall haben Betriebsrat, Jugendvertretung und Vertrauensleute der IG Metall gemeinsam beschlossen, ihren klaren Standpunkt auf einen Flyer zu drucken. Zunächst formulierten sie intern eine Erklärung, die anschließend auf einer Betriebsversammlung der Belegschaft vorgetragen wurde. Auch zu Gegendemos mobilisierte der VW Betriebsrat – schon 12 Mal bisher.

Salzgitter: Betriebsräteschulung der IG Metall vor Ort

„Der Zuspruch ist groß, doch es gibt auch bei unseren Mitgliedern solche, die rechte Aufkleber auf ihr Auto kleben, Hakenkreuze auf Toiletten Türen malen oder sich fremdenfeindlich in digitalen Netzwerken äußern“, weiß der Vertrauensmann. Wie fädelt man ein schwieriges Gespräch mit solchen Kollegen ein? In einer vom Ressort Migration/Integration und der Bildungsstätte Sprockhövel durchgeführten Tagesschulung

wurde an praktischen Beispielen gemeinsam ausprobiert, wie Betriebsräte mit solchen Situationen umgehen können. Denn: Ein gut formulierter Flyer überzeugt nicht jeden. Bei Menschen mit festgefahrenen Einstellungen prallen Fakten und gute Argumente oft ab. Statt mit Zahlen und Statistiken zu argumentieren, ist oft die direkte Ansprache hilfreicher. Sorgen und Themen im Gespräch aufzunehmen, sie umzudeuten und mit gewerkschaftlichen Sichtweisen zu verbinden ist ein Weg. Im Seminar wurden konkrete Strategien für den Umgang mit Konfliktsituationen aufgezeigt und der Blick für alltägliche Formen von Diskriminierung und Rassismus geschärft. Tiekstra glaubt, dass es noch viel mehr solcher Seminare braucht. Was aus seiner Sicht zudem fehlt, ist eine rechtliche Handhabe gegenüber Nazis und Rechtspopulisten im Betrieb. ■

Aktivitäten im Betrieb

§ 75 Arbeitgeber und Betriebsrat haben darüber zu wachen, dass alle im Betrieb tätigen Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit behandelt werden, insbesondere dass jede unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer Abstammung, Nationalität, Herkunft (...) unterbleibt.

§ 80.7 die Integration ausländischer Arbeitnehmer im Betrieb und das Verständnis zwischen ihnen und den deutschen Arbeitnehmern zu fördern sowie Maßnahmen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb zu beantragen. Dazu gehören auch

§ 45 Durchführung von Betriebs- und Abteilungsversammlungen

§ 77 Betriebsvereinbarungen

KONFERENZEN UND INITIATIVEN DER IG METALL

Die Belegschaften und ihre Bedürfnisse werden vielfältiger. Im Vorfeld des Gewerkschaftstages brachten IG Metall-Mitglieder ihre zentralen Anliegen auf den Punkt.



ANGESTELLTENKONFERENZ

Crowdworking, mobiles Arbeiten, Open Office und flexible Arbeitszeitmodelle: Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, dann gilt es, diese neuen Chancen zu nutzen. www.igmetall.de/internet/ig-metall-diskutiert-auswirkungen-der-digitalisierung-auf-die-16085.htm

FRAUENKONFERENZ

Gerechter Lohn, Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Dafür kämpfen wir in Deutschland – und vergessen die Probleme vieler Frauen in anderen Ländern nicht. www.igmetall.de/internet/20-frauenkonferenz-der-ig-metall-in-willingen-16070.htm



AUSSERBETRIEBLICHE GEWERKSCHAFTSARBEIT (AGA)

Eine „Gewerkschaft fürs Leben“ braucht einen generationsübergreifenden Dialog, faire Renten und neue Ideen für die sozialen Belange der Generation 55+. <http://respekt.tv/ig-metall/ig-metall-veranstaltungen/erfolge-der-vergangenheit-sind-aufgaben-fur-die-zukunft/>

JUGENDKONFERENZ

Faire Arbeitsbedingungen, gleiche Rechte und Chancen, Nein zu Rassismus und Nationalismus: Nur so gibt es Menschenrechte und Zukunftsperspektiven für alle. www.igmetall.de/internet/jupo-die-ig-metall-jugend-deutschlands-groesster-politischer-2855.htm



WERKVERTRÄGE

Die IG Metall hat eine Kampagne zu Werkverträgen gestartet. Höhepunkt wird der 7. Oktober 2015 sein – der „Tag gegen prekäre Beschäftigung“. Es wird flächendeckende Kundgebungen und Aktionen in allen Verwaltungsstellen geben. www.fokus-werkvertraege.de/

CROWDWORKING

Am 1. Mai hat die IG Metall die neue Internetplattform www.fair-crowdwork.org gestartet. Digitale Arbeiter können sich darüber untereinander vernetzen und von Experten beraten lassen. Ziel ist, die Arbeitsbedingungen dieser Gruppe zu verbessern.



Geflüchtete in Arbeit

Rechtliche Verbesserungen erlauben früheres Arbeiten. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse, anerkannte Berufsabschlüsse oder Qualifizierungen bleibt Asylsuchenden der Arbeitsmarkt dennoch verschlossen. Zwei aktuelle Projekte wollen den Zugang zur Arbeit erleichtern.

Aus bedrohlichen Lagen fliehen sie nach Deutschland und hoffen auf ein Leben in Sicherheit und Würde. Zur Würde erwachsener Menschen gehört auch, dass sie arbeiten und für sich selbst sorgen dürfen. Genau das war Asylbewerberinnen und -bewerber bisher lange Zeit verboten. Änderungen im Asylgesetz erlauben Flüchtlingen nun nach drei Monaten zu arbeiten – theoretisch. „Die Vorrangprüfung bei einem Aufenthalt ab drei Monaten bis 15 Monaten wirkt faktisch wie ein Arbeitsverbot“, weiß jedoch Naciye Celebi-Bektas vom DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt. Dort leitet sie für den DGB das Projekt AZF II (Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge), das vom Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert wird.

Erfolg bei Arbeit und Ausbildung

Gemeinsam verfolgt ein Netzwerk aus Gewerkschaft, Flüchtlingsrat und weiteren Partnern das Ziel, Asylsuchende durch berufsbezogene Qualifizierungsmaßnahmen für den Arbeitsmarkt fit zu machen. 2.351 Teilnehmende zählt AZF II seit 2008. Auch wenn nicht alle anschließend einen Job finden, kann das Projekt Erfolge melden. Schon 329 Teilnehmende sind in eine Arbeit und 201 in eine



Foto: Robert Kneschke – Fotolia.com

Sprachkenntnisse erleichtern die Jobsuche.

Ausbildung vermittelt worden. Asylsuchende mit Bleibeperspektive frühzeitig für den Arbeitsmarkt qualifizieren will auch das Modellprojekt „Early Intervention“, das die Bundesagentur für Arbeit (BA) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2014 starteten. Nach der Pilotphase mit sechs Arbeitsagenturen wird das Projekt an neun Standorten fortgeführt. Finanziert werden die Qualifizierungen für besonders geeignete Personen ebenfalls mit Geldern aus dem ESF. Die teilnehmenden Arbeitsagenturen (Köln, Bremen-Bremerhaven, Augsburg, Dresden, Freiburg, Hamburg, Ludwigsburg, Berlin und Hannover) wählen die Projektteilnehmenden aus und versuchen sie anschließend in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Da die ESF-Mittel in der Förder-

periode 2015-2017 gekürzt wurden, werden gezielt Personen gewählt, die bereits Deutschkenntnisse oder eine Berufsausbildung haben. Ca. 500 Personen nehmen laufend teil, davon sind bisher nur 14 in eine Arbeit oder Ausbildung vermittelt worden.

Neun Großstädte fördern „Early Intervention“

Es macht durchaus Sinn, das Potenzial qualifizierter Flüchtlinge zu nutzen und ihnen bevorzugt den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Doch „Flüchtlinge ohne Abschlüsse, z.B. junge Erwachsene, die nicht mehr oder nur kurz schulpflichtig sind, haben somit kaum die Möglichkeit, eine Ausbildung zu machen“, kritisiert Naciye Celebi-Bektas. Die Gewerkschafterin sieht daher noch weiteren Handlungsbedarf. Wichtig sei es, Ängste der Betriebe in Bezug auf aufenthaltsrechtliche Rahmenbedingungen besser aufzufangen und gezielte Beratungen zu intensivieren, findet sie. Auch die Agenturen sind nicht ganz glücklich mit der Situation. Von 115 Teilnehmenden in Köln z.B. konnten bisher erst vier vermittelt werden. „Es sind unter den ausgesuchten Teilnehmern viele sehr gut qualifizierte Fachkräfte, die hohes Potenzial und den starken Willen haben, die Hürden und Anstrengungen zu meistern. Doch fehlt es an weiteren Sprachkursen und der Bereitschaft der Arbeitgeber, diesen Fachkräften eine Chance zu geben“, resümiert die BA Köln. Wünschenswert wäre es nun, wenn sich mehr Betriebe trauten, Geflüchteten eine Chance zu geben. Die Unterstützung der BA ist ihnen in den Städten, die am Pilotprojekt teilnehmen, gegeben. ■

Weitere Infos:

AZF II: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. (Koordination)

www.nds-fluerat.org

„Early Intervention“: www.arbeitsagentur.de und www.bamf.de

MELDUNGEN



++ RASSISTISCH MOTIVIERTE

STRAFTATEN — Auf der Grundlage der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses wurde § 46 des Strafgesetzbuches ergänzt. Rassistische und fremdenfeindliche Motive für eine Straftat können nun bald mit einer höheren Strafe belegt werden. Am 19. März 2015 hat der Bundestag in seiner 94. Sitzung dem in den letzten Monaten diskutierten Gesetzentwurf zugestimmt. Es ist zu erwarten, dass der Bundesrat in absehbarer Zeit dem Gesetz gleichermaßen grünes Licht gibt. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18094.pdf> (ab Seite 8967)

++ KOPFTUCH BEI MUSLIMISCHEN

LEHRERINNEN — In 2003 bereitete das Bundesverfassungsgericht (BVG) den Weg, Lehrerinnen, die dem Islam angehören, das Tragen eines Kopftuches in der Ausübung ihrer Tätigkeit zu verbieten. Mehrere Bundesländer erließen daraufhin Gesetze, die das Tragen des islamischen Kopftuches mit der Schaffung eines feindlichen Umfeldes gleichsetzten und es verboten. Durch ein neuerliches BVG-Urteil (1 BvR 471/10 und 1 BvR 1181/10) wurde dies jetzt aufgehoben. Das BVG stellte nun infrage, das Kopftuch schaffe per se ein feindliches Umfeld. Das Tragen des Kopftuches kann zwar nach wie vor verboten werden, jedoch nur dann, wenn es im Einzelfall zu einem feindlichen Umfeld gekommen ist. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2015/01/rs20150127_1bvro47110.html

++ ANTIRASSISMUSPRÜFUNG FÜR

DEUTSCHLAND — Am 5. und 6. Mai 2015 stellte eine Delegation der

Bundesrepublik Aktivitäten und Maßnahmen der Bundesregierung gegen Rassismus beim Antirassismuskomitee der UN in Genf vor. Nichtregierungsorganisationen hatten im Vorfeld sechs verschiedene Alternativberichte erarbeitet und dem Komitee vorgelegt, die eine Vielzahl von Problemlagen bezüglich Rassismus und ethnischer Diskriminierung beschrieben. Die Delegation der Bundesregierung musste unter anderem zu den Themen „racial profiling“, institutionellem und strukturellem Rassismus, Ausgrenzung von Muslimen bei professionellen Arbeitgebern, Roma, NSU, fehlende Sammlung von Daten und Fakten zu Rassismus und Diskriminierung und Rechtsextremismus Rede und Antwort stehen. Das Komitee wird sogenannte „Abschließende Bemerkungen“ verfassen, die der Bundesregierung Empfehlungen an die Hand geben, wo sie ihre Arbeit gegen Rassismus intensivieren sollte. http://tbinternet.ohchr.org/_layouts/treatybody-external/SessionDetails1.aspx?SessionID=977&Lang=en

++ EHEGATTENACHZUG EINES

TÜRKISCHEN ARBEITNEHMERS — Im Juli 2014 hatte der Europäische Gerichtshof entschieden, dass Sprachanforderungen, die beim Ehegattennachzug von Arbeitnehmern aus der Türkei an die einreisenden Ehegatten gestellt werden, dem Assoziierungsabkommen zuwider laufen. Für die Sprachanforderungen wurden dann Einzel- und Härtefallprü-

fungen eingeführt. Nun hat das Obergericht Berlin-Brandenburg (OVG 7 B 22.2014) am 30.1.2015 entschieden, dass diese Prüfungen nicht im Einklang stehen mit dem Aufenthaltsrecht. http://www.gerichtsentscheidungen.berlin-brandenburg.de/jportal/portal/t/279b/bs/10/page/sammlung.psm?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=1&numberofresults=1&fromdoctodoc=yes&doc.id=MWRE150000567&doc.part=L&doc.price=0.o#focuspoint

++ VORABENTSCHEIDUNG ZUR RESI-

DENZPFLICHT — Im September 2014 legte das Bundesverwaltungsgericht ein Ersuchen um Vorabentscheidung (C-443/14) beim Europäischen Gerichtshof vor, um zu klären, ob die Residenzpflicht von Asylbewerbern vereinbar ist mit der EU-Richtlinie 2011/95/EU. In dieser Richtlinie werden Konditionen für Flüchtlinge festgelegt. Die Bundesregierung hatte zwar diese Residenzpflicht zwischenzeitlich aufgeweicht, jedoch nicht abgeschafft. Der Ausgang des noch anhängigen Verfahrens wird klären, ob die noch geltende Residenzpflicht aufrechterhalten werden darf.

++ EXPERTENRUNDE ZUR REFORM

DES BLEIBERECHTES — Am 23.3.2015 wurde im Rahmen einer Anhörung im Bundestag der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Bleiberechts sowie des Ausweisungs- und Abschiebungsrechts debattiert. Expertenbeiträge und ein Video der Anhörung sind auf der Webseite des Bundestages eingestellt. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw13_pa_innen/364064



Jugendliche aus Spanien: Deutschkenntnisse haben sie schon. Nun erlernen sie in der Metallbranche einen Beruf in Deutschland.

Ausbildung in Sicht

Vor einem Jahr berichteten wir über ein von der IG Metall angestoßenes Vorhaben, Jugendlichen aus Spanien in einem Ausbildungsprojekt eine berufliche Perspektive zu ermöglichen. Das Projekt stockte. Doch nun sind die Jugendlichen hier.

Ihre Koffer waren fast schon gepackt. Praktikums- und Lehrstellen standen auf Initiative von IG Metall schon fest. Junge Menschen aus Spanien sollten hier eine berufliche Perspektive bekommen. Doch dann kam kurz vor Start das vorläufige Aus für das Projekt. Die Gelder aus dem Sonderprogramm der Bundesregierung „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“ (MobiPro) waren alle. Ein Jahr später freuen sich 15 junge Menschen, dass sie nun endlich im Rahmen des Projekts „Forge your Future“ in Deutschland angekommen sind und schon bald einen Beruf er-

lernen werden. Alfons Eilers, erster Bevollmächtigter der IG Metall Hamm-Lippstadt, hat die Idee bereits 2013 angestoßen, als MobiPro an den Start ging.

„Die Finanzierung steht, bis 2018 ist alles gesichert.“

Nun betreut die Gewerkschaft zusammen mit Arbeit und Leben NRW das Projekt. Nach den Rückschlägen ist Eilers froh, dass es endlich geklappt hat. „Die Finanzierung steht, die Ausbildungsplätze sind fest zugesagt, bis 2018 ist alles gesichert“. Am 18. Mai trafen die Spanier und Spanierinnen ein. Nach einer Eingewöhnungszeit von sechs Wochen, in

der sie ein Praktikum absolvieren und ihre Betriebe kennenlernen, geht es im Juli mit der Ausbildung los.

In Spanien hat jeder zweite Jugendliche keinen Job

In neun Betrieben des Unternehmensverbandes Westfalen-Mitte, u.a. bei ThyssenKrupp Rothe Erde, den Schonlau Werken in Geseke und bei Brand KG Federnwerk in Anröchte, werden die jungen Männer und Frauen aus Andalusien dann als Zerspanungsmechaniker, Stanz- und Umformungsmechanikerin oder Elektroniker ausgebildet. Grundkenntnisse der deutschen Sprache haben sie vorab in Spanien erworben. Und auch während des Praktikums büffeln sie weiter Deutsch, um fit für die berufliche Qualifizierung zu sein. „Ich bin sehr interessiert an dem Projekt, da es uns eine einzigartige Möglichkeit bietet. Wir erhalten viel Unterstützung und haben eine Anlaufstelle hier in Deutschland. Ich habe die Hoffnung, dass ich in der Firma bleiben kann und dort ausgebildet werde“, meint Francisco José Martel González, Praktikant bei ThyssenKrupp Rothe Erde.

Nicht mal jeder zweite Jugendliche in Spanien hat einen Job. In Andalusien, einer Region mit der die IG Metall langjährige Beziehungen pflegt, ist die Quote noch höher. Hier sind sogar 66 % der jungen Menschen ohne Arbeit. Es lag daher nahe, Jugendlichen aus dieser Krisenregion eine Perspektive zu bieten. Das duale Ausbildungssystem Deutschlands genießt hohes Ansehen im Ausland. „Wer mit einem Facharbeiterbrief nach Spanien zurückkehrt, wird dort gute Jobchancen auf leitende Positionen im Betrieb haben“, schätzt Alfons Eilers die Aussichten der Jugendlichen nach erfolgreich beendeter Ausbildung ein. Projekte wie dieses sind daher nicht nur ein Zeichen der Solidarität, sondern helfen langfristig bei der Fachkräftesicherung für den Standort Europa. ■

Betriebsrätetagung zum Thema „Weiterbildung“ am 9. September 2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bildung und Weiterbildung sind wichtige Faktoren für die Beschäftigungs- und Entwicklungschancen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Digitalisierung und Industrie 4.0 werden die Arbeitswelt stark verändern. Berufe werden wegfallen, neue entstehen. In diesem Zusammenhang ist eine vorausschauende Qualifizierung der Beschäftigten enorm wichtig.

Aber gerade Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund sind in Bezug auf Weiterbildung oft

von struktureller Diskriminierung betroffen. Dagegen können wir im Betrieb etwas tun!

Wir wollen mit unserer Betriebsrätetagung die Chancen und Herausforderungen von Industrie 4.0 und Digitalisierung diskutieren. Anhand von betrieblichen Beispielen soll gezeigt werden, wie Betriebsräte bei der Weiterbildung aktiv sein können.

Folgende Fragen stehen dabei im Mittelpunkt:

→ Wie mache ich „Weiterbildung“ zum Thema in den Betrieben?

- Wie spreche ich Kolleginnen und Kollegen an?
- Wie kann ich den Qualifizierungsbedarf feststellen?
- Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es?
- Welche typischen Hindernisse gibt es zu überwinden?

Ein zentrales Thema nimmt hierbei auch die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse ein. **Dazu laden wir euch ganz herzlich ein.**

Kontakt:

Christian.Heide@igmetall.de

DEINE MEINUNG ZÄHLT

Schreib uns, was du zu sagen hast!
 Schreib uns deine Meinung zur **IGMigration** per E-Mail: igm-migration@igmetall.de oder mit der Post an:
 IG Metall Vorstand
 FB Zielgruppenarbeit und Gleichstellung
 Ressort Migration/Integration
 Wilhelm-Leuschner-Str. 79
 60329 Frankfurt am Main

MITGLIED WERDEN – SO GEHT’S

Wer Mitglied werden will, kann am Arbeitsplatz IG Metall-Vertrauensleute oder andere Kolleginnen und Kollegen ansprechen, die der IG Metall angehören.

Informationen im Internet: www.igmetall.de
 per Telefon: 069/6693-2578
 per E-Mail: mitglieder@igmetall.de

Beitrittserklärung

Mitgliedsnummer
 (wird von der IG Metall eingetragen)

Name*

Vorname*

PLZ* Wohnort* Straße*

Telefon (dienstlich privat) E-Mail (dienstlich privat)

beschäftigt im Betrieb/PLZ/Ort Staatsangehörigkeit*

Vollzeit* Teilzeit* Befristung Ausbildung Leiharbeit/Werkvertrag duales Studium Studium

Beruf/Tätigkeit/
Studium/Ausbildung

ab _____ bis _____

Wie heißt der Einsatzbetrieb?

Wie heißt die Hochschule?

angesprochen durch (Name, Vorname)

Geschlecht*
 M=männlich
 W= weiblich

Geburtsdatum*
 Tag Monat Jahr

Hausnr.*

Mitgliedsnummer Werber/in

Beitrittserklärung:
 Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich willige ein, dass zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften, personenbezogene Angaben durch die IG Metall und ihrer gewerkschaftlichen Vertrauensleute erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Die Anpassung des Beitrags an die Einkommensentwicklung erfolgt u. a. durch gewerkschaftliche Vertrauensleute im Betrieb. Dabei werden aus betriebsöffentlichen Daten, wie der Tätigkeit und der damit verbundenen Eingruppierung, das Tarifentgelt und der Gewerkschaftsbeitrag ermittelt. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.

Ort, Datum

Unterschrift für den Beitritt*

Kombimandat (wiederkehrende Lastschriften)
 Gläubiger-identifikationsnummer der IG Metall: DE71ZZ0000053593
 Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer)

1. Einzugsermächtigung (bis 31.01.2014): Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen.

2. SEPA-Lastschriftmandat (ab 01.02.2014): Ich ermächtige die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes zu vereinbarten Fälligkeit von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Bankverbindung Bank/Zweigstelle

IBAN

BIC Bruttoeinkommen*

Falls IBAN und BIC nicht zur Hand, bitte Kontonummer und BLZ angeben:
 Kontonummer BLZ

Kontoinhaber/in

Ort / Datum / Unterschrift für den Bankeinzug*

Bitte abgeben bei IG Metall Betriebsräten/-Vertrauensleuten, der IG Metall Verwaltungsstelle oder schicken an: IG Metall Vorstand, FB Mitglieder/Kampagnen, 60519 Frankfurt am Main

Weitere Informationen unter www.igmetall.de/beitreten

Stand: September 2013 *Pflichtfelder, bitte ausfüllen

„Deutlich Position beziehen“

Als Sozialwissenschaftler an der Hochschule Düsseldorf beschäftigt sich Alexander Häusler mit Rechtspopulismus und Neonazismus. Neben seiner Forschung berät und informiert er Betriebsräte, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Akteure, die mit Alltagsrassismus oder rechtsextremen Aktivitäten konfrontiert sind.

Was sind die Ursachen dafür, dass eine rechtspopulistische Bewegung wie Pegida quasi über Nacht entstehen kann?

Dass sich mit Pegida eine neue Strömung auf der Straße in einer Anzahl von Tausenden zeigt, ist eine neuere Entwicklung. Aber wenn wir die Einstellungsforschung betrachten, zeigen Studien, dass es schon seit vielen Jahren einen gewissen Prozentsatz an nationalistisch, fremdenfeindlich, rassistisch eingestellten Menschen gibt, ähnlich wie in unseren Nachbarländern. Dort wählen Menschen, die so denken, allerdings auch eine entsprechende Partei. Das war in Deutschland bisher so nicht der Fall, zeigt sich jetzt aber durch Bewegungen wie Pegida oder neue rechtspopulistische Parteien wie die AfD.

Hat der Rechtspopulismus in Deutschland also eine andere Färbung als in anderen europäischen Ländern?

Sarkastisch ausgedrückt: Wir sind in dieser Hinsicht ein Entwicklungsland und holen nach, was in unseren Nachbarländern schon seit etlichen Jahren auf dem rechten Feld passiert. Das hat zwei Gründe. 1. Wegen der Shoah scheuen sich viele aus dem



Foto: Manfred Diekenbrock

gut situierten Bürgertum, offen Partei für Rechtsaußen-Gruppierungen zu ergreifen. 2. Es gab hier lange kein vergleichbar „respektables Angebot“ wie im skandinavischen Rechtspopulismus oder in anderen westeuropäischen Ländern. Bisherige populistische Versuche von rechts sind an internen Querelen gescheitert. Die Schill-

Partei war eine temporäre Erscheinung, die Republikaner sind auf dem Sinkflug. Auch die AfD ist eigentlich ein völlig zerstrittener Haufen, geprägt von massiven internen Querelen, und wird häufig nur gewählt, weil sie ein Ventil für angestaute Wut ist.

Aber wer wählt schon aus Wut eine Partei, deren Philosophie er oder sie nicht teilt?

Es ist ein Irrglaube, dass Wähler eine Partei rein nach ihrer Programmatik wählen. In einer sehr stark medien-

fixierten Politik kommt es genauso darauf an, welche Bilder man vermittelt bekommt. Viele Leute nehmen die programmatischen Inhalte oft gar nicht detailliert zur Kenntnis. Vielmehr sind die öffentlichen Inszenierungen der Parteiprotagonisten Anlass, sie zu wählen. Ein ganz

wichtiges Ventil für die AfD ist ihre Parole „Mut zur Wahrheit“ und ihre Erzählung, sie sei völlig anders

als die Altparteien. Schlagwörter wie „Das wird man wohl noch sagen dürfen“ dienen dazu, die Ängste zu deuten und den öffentlichen Diskurs mehr nach rechts zu verschieben.

Sie haben gerade die Medien erwähnt. Haben diese das Thema aufgebauscht?

In einer medienfixierten Öffentlichkeit haben Nachrichten einen hohen Stellenwert. Dass überhaupt über etwas berichtet wird, wertet schon das Ereignis auf. Anfangs hatten die

»Es ist ein Irrglaube, dass Wähler eine Partei rein nach ihrer Programmatik wählen. Viele Leute nehmen diese oft gar nicht detailliert zur Kenntnis.«

Pegida-Demos in Dresden weder diese Wahrnehmung noch diesen Zulauf. Erst ihre geschickte Reaktion auf die HOGESA¹-Demonstrationen in Köln – sie stimmten den Aussagen zu, kritisierten aber die Gewalt – brachte den Zulauf. Sie sagten: Wir sind anders, wir sind friedlich, wir stellen uns in

die Tradition des demokratischen Aufbruchs. Damit haben sie eine ganz andere öffentliche Selbstsetzung gemacht. Es ist eine schwierige Frage, wie damit umzugehen ist. Das Thema totschweigen geht nicht. Man muss darüber berichten, nur wie? Meines Erachtens ist zu einseitig über Pegida und die Gegenproteste berichtet worden. Die Entwicklungen für eine Willkommenskultur in Deutschland, die Unterstützung von Flüchtlingen – diese Informationen kamen zu kurz.

Ist das alles im Internetzeitalter noch relevant? Wer sich ein wahres Bild machen will, findet dort doch genügend Fakten und lässt sich von populistischen Bildern nicht beeinflussen? Diesen Standpunkt teile ich nicht. Es macht einen Unterschied, ob eine öffentliche Berichterstattung mit Slogans wie „Das Boot ist voll“ den Untergang von Deutschland verkündet oder ob sie eine andere Ausrichtung hat. Wir haben auch eine neue Welle der Hilfsbereitschaft. Leute aus Kirchen und Kommunen kommen zusammen und wollen eine Gegenentwicklung zu Pegida. Diese positive Entwicklung bedarf einer größeren Berichterstattung und Anerkennung. Die andere Sache ist der gewisse Prozentsatz in der Bevölkerung, zu deren Weltbild Menschen anderer Herkunft nicht dazugehören. Es muss alles dafür getan werden, dass diese Gedanken nicht auch noch parteipolitische Wirkungsmöglichkeiten erlangen.

Ist es denn wirklich so dramatisch? Laut einer aktuellen Studie der Uni Leipzig ist der Rechtsextremismus zurückgegangen.

Die Studie zeigt, dass der offene Rechtsextremismus zurückgegangen ist. Die Zahl derer, die ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben,

nimmt ab. Die Ressentiments haben sich aber auf andere Gruppen verlagert.

»Sehr stark wird die Gefahr von rechts am Wahlverhalten festgemacht. Der größte Teil der extremen Rechten ist jedoch nicht in Parteien organisiert.«

Das sind seit dem Terroranschlag von 9/11 die Muslime, seit den Freizügigkeitsabkommen mit Rumänien/Bulgarien die Roma, seit dem Syrienkrieg die Flüchtlinge. Diese Gruppen stehen zentral im Fadenkreuz von Abwertung und Anfeindung und werden von rechten Kräften aufgegriffen, um politisch Kapital daraus zu schlagen. Die Auseinandersetzung mit der Gefahr von rechts ist leider begrenzt auf den organisierten rechten Rand. Rassismus als ein gesamtgesellschaftliches Problem fällt dabei unter den Tisch. Sehr stark wird die Gefahr von rechts

»Das Thema Rechtspopulismus muss deutlich auf die Agenda. Dafür eignen sich Seminare und Infoveranstaltungen oder auch persönliche Gespräche, die Betriebsräte ermutigen, sich dem Thema zu stellen.«

am Wahlverhalten festgemacht. Der größte Teil der extremen Rechten ist jedoch nicht in Parteien organisiert. Deshalb ist auch der Blick auf Wahlerfolge rechter Parteien kein verlässlicher Gradmesser, um die Gefahr von rechts beurteilen zu können. Nicht jeder Rechte wählt die AfD.

Was bedeutet all das für die betriebliche Ebene? Vor welchen Herausforderungen stehen die Gewerkschaften?

Schon auf Grund ihres historischen Entstehungskontextes gehört es zur Identität, sich gegen rechte Umtriebe zur Wehr zu setzen. Allerdings heißt das nicht, dass deswegen Gewerk-

schaftsmitglieder automatisch davor gefeit sind, selber Ressentiments oder rassistische Stereotypen im Kopf zu haben und zu vertreten. Hier stehen Gewerkschaften vor der Aufgabe, sich kritisch mit gewissen ausgrenzenden Stereotypen auch im eigenen Mitgliederbereich auseinanderzusetzen. Das hat viel mit Fragen von Sozialneid, mit Kampf um Arbeitsplätze zu tun. Natürlich gibt es in einer globalisierten, kapitalistischen Welt immer ein Einfallstor von rechts, diesen Neid und die Statusverlustängste in der Arbeitnehmerschaft zu mobilisieren. Genau da müssen Gewerkschaften präventiv für die internationale Solidarität werben und in der Auseinandersetzung mit den Mitgliedern deutlich Position beziehen und Aufklärungsarbeit leisten.

Viele Betriebsräte würden gerne mehr tun. Was raten Sie?

Das Thema Rechtspopulismus muss deutlich auf die Agenda. Dafür eignen sich Seminare und Infoveranstaltungen oder auch persönliche Gespräche, die Betriebsräte ermutigen, sich dem Thema zu stellen. Wichtig

ist auch, gewerkschaftliche Errungenschaften wie den gesetzlichen Mindestlohn zu verteidigen. Deswegen ist es wichtig, im gesamtpolitischen Rahmen für deutlichere sozialpolitisch gefestigte Strukturen in der Politik einzutreten und diesen ganzen Flexibilisierungstendenzen entgegenzuwirken. Das ist eine wichtige politische Aufgabe von Gewerkschaften.

Wir danken für das Gespräch. ■

Weitere Informationen:
www.forena.de

¹ HOGESA – Hooligans gegen Salafismus



Abschlussbild der Jugendkonferenz der IG Metall (April 2015).

Foto: Angelo Greiner

Solidarität mit Flüchtlingen

Auf ihrer Flucht über das Mittelmeer sterben immer mehr Menschen. Die Europäische Union muss das Problem daher endlich an den Wurzeln packen.

Diese Forderung hoben Ende April 2015 bundesweit zahlreiche Aktionen hervor. Auf der Jugendkonferenz der IG Metall im sauerländischen Willingen hießen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Flüchtlinge in Deutschland demonstrativ willkommen (Foto). In Frankfurt warf die Eritreische Gemeinde von einer Mainbrücke aus Rettungsringe ins kalte Wasser, um auf das Schicksal vieler Landsleute aufmerksam zu machen. „Wir fordern“, erklärte ein Sprecher, „die EU sowie die Bundesregierung auf, von ihrer Politik der Abwehr, der reinen Sicherheitskontrolle und der Abschiebungen abzulassen und stattdessen eine Flüchtlingspolitik umzusetzen, die ihren Namen verdient hat und den Menschen hilft.“ Die IG Metall unterstützte diese Aktion.

Was tun? Kurzfristig fordert die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl die Umsetzung dieser Maßnahmen:

- ❖ Rettung aller Flüchtlinge aus Seenot und Transport in einen EU-Hafen: Die Operation „Mare Nostrum“ muss neu gestartet werden.
- ❖ Öffnung der Landesgrenzen: Die Sperrung zwingt Flüchtlinge auf Boote.
- ❖ Großzügige Aufnahmeprogramme für Irak, Syrien, Eritrea und Somalia: Flüchtlinge von dort müssen auch ohne Visum einreisen können.
- ❖ Änderung der Dublin-Verordnung: EU muss Flüchtlingen erlauben, aus Grenzstaaten weiterzureisen.
- ❖ Ausweitung der Programme für eine dauerhafte Ansiedlung: Aktuell stehen dafür europaweit nur 5.500 Plätze zur Verfügung.
- ❖ Zusammenführung von Familien und Communities: Flüchtlinge dürfen europaweit dorthin reisen, wo sich ihre Angehörigen bereits befinden.
- ❖ Keine Auslagerung der Asyl-Verfahren nach Nordafrika.